

## Presseinformation

19. Mai 2005

### **Budget 2006 soll Arbeitsplätze schaffen und sichern**

#### **Schneeberger: 1,6 Milliarden Euro fließen in diesen Bereich**

„Eine abgesagte Landtagssitzung bedeutet nicht, dass die Abgeordneten nicht arbeiten. Sie haben den heutigen Tag genutzt, um Lösungen für die verschiedensten Problemfelder zu erarbeiten“, betonte Klaus Schneeberger heute bei einem Pressegespräch in Groß-Enzersdorf (Bezirk Gänserndorf) anlässlich der VP-Budgetklausur. Diese Problemfelder würden in erster Linie den Arbeitsmarkt betreffen. „Im kommenden Jahr sollen 1,6 Milliarden Euro und damit ein Drittel des Landesbudgets in diesen Bereich fließen“, so Schneeberger.

Dazu brauche es u. a. Leitprojekte wie Schloss Hof oder die Therme Laa. Auch im Bereich Verkehrsinfrastruktur sowie in der sozialen Infrastruktur würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Für Schneeberger verfüge Niederösterreich über ein modernes Cash-Management, setze auf eine offensive Landes-Außenpolitik, gehe neue Wege im Kulturmanagement und plane eine neue Art der Besoldung der eigenen Mitarbeiter. All diese Maßnahmen würden sich „wie ein roter Faden“ durch das Budget 2006 ziehen.

Der VP-Klubchef verwies auch auf die generell gute Situation Niederösterreichs. Das Land weise hervorragende Wirtschaftsdaten auf, was „als Bestätigung der positiven Arbeit der Regierenden sowie der Abgeordneten“ zu werten sei. Von 1995 bis 2004 habe es in Niederösterreich ein Wirtschaftswachstum von 21,5 Prozent gegeben, österreichweit habe dieses im selben Zeitraum 20 Prozent betragen. Der Zuwachs bei der gewerblichen Wirtschaft habe sich in diesem Zeitraum auf 31,7 Prozent belaufen, allein im Grenzland sei hier ein Plus von 25,4 Prozent zu verzeichnen gewesen. Dazu komme eine Exportquote von 39 Prozent. Die Kaufkraft liege in Niederösterreich zudem um 3,7 Prozent über dem Österreich-Durchschnitt. Selbst im Bereich Arbeitsmarkt gebe es, trotz aller Probleme, auch Positives zu vermelden: Ende April habe es rund 534.000 unselbstständig Beschäftigte und damit einen Zuwachs von 5,1 Prozent gegeben, um 1,2 Prozent über dem Bundes-Durchschnitt.